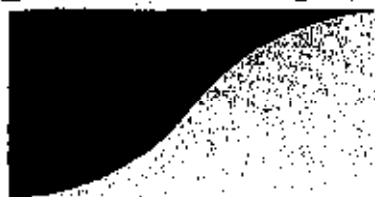


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 09 86 646 pbbn d



Inhalt

Peter Glotz, Landesvorsitzender der Berliner SPD, zur Situation seines Landesverbandes: Eine erfahrene Partei macht einen neuen Anfang.

Seite 1/2

Ernst Waltemathe MdB kommentiert ein Urteil des Bremer Oberverwaltungsgerichtes: Der "tötungsbereite" Autofahrer ein Beitrag zur Rüstungsdiskussion?

Seite 3

Herbert Moser MdL setzt sich dafür ein, daß politischer Unterricht zum Thema Bundeswehr aufklärend wirken müßte: "... denn sie müssen wissen, was sie tun".

Seite 4

Dokumentation

Erste Mitteilung für die Presse des neuen Sprechers des SPD-Vorstandes, Wolfgang Clement.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 42

3. März 1981

Die Berliner Sozialdemokraten treten an

Eine erfahrene Partei macht einen neuen Anfang

Von Dr. Peter Glotz

Landesvorsitzender der Berliner SPD

Der Landesparteitag der Berliner SPD hat gezeigt, daß die Partei die Kraft hat, den Neuanfang des Senats unter Dr. Hans-Jochen Vogel auf der Ebene der Partei fortzuführen.

Es war unser gemeinsames Ziel, neue Erfahrungen von der Basis der Partei und aus der Berufswelt in die Führung der Berliner Sozialdemokraten einzubringen. Das war der Grund, warum ich vorgeschlagen hatte, die Vorsitzendenpositionen nicht aus dem engen Kreis derer zu besetzen, die in der normalen Machtausübung in demokratischen Parteien gerade "anstehen", sondern erfahrene Sozialdemokraten für diese Positionen zu gewinnen, die in den letzten Jahren vorwiegend außerhalb der Parteihierarchie politisch gearbeitet haben. Diese Absicht hat auf dem Parteitag die Zustimmung der Delegierten gefunden.

Die Tatsache, daß in einer Personalkonkurrenz Lothar Löffler eine größere Zustimmung erhalten hat als Karl-Heinz Volok darf nicht als Absage der Berliner Sozialdemokraten an das Prinzip gewertet werden, den Kontakt zu den betriebstätigen Arbeitnehmern in Berlin zu verstärken; vielmehr handelte es sich um eine Personalentscheidung des Parteitaiges.

Ich werde schon zu Beginn der Woche Gespräche mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen suchen, um Wege zu erkunden, wie die Beteiligung der betriebstätigen Arbeitnehmer am politischen Leben der Berliner Sozialdemokratie noch verstärkt werden kann.



Der Sachantrag zur sauberen Trennung von Politik, Wirtschaft und Verwaltung zeigt, daß die Berliner Sozialdemokraten strikte Verhaltensregeln beachten wollen, um abzusichern, daß Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Das, was Richard von Weizsäcker am Samstag im "Tagesspiegel" fordert, hat die SPD am Vortag auf ihrem Parteitag bereits beschlossen. Auch hier zeigt sich, daß es der Opposition in den letzten Monaten immer weniger gelingt, die Regierungspartei anzutreiben; diejenigen, die eigentlich ihrer Rolle gemäß Vorreiter sein müßten, geraten ins Hintertreffen und kaschieren ihre Enttäuschung durch Medienschelte.

Ich werde dem neuen Geschäftsführenden Landesvorstand vorschlagen, neue Formen des Kontaktes zu

- den betriebstätigen Arbeitnehmern,
- den Frauen,
- der jungen Generation,
- den Vertretern des geistigen Lebens der Stadt

zu suchen. Wir müssen "kleine Netze" schaffen, die das große Sozialnetz unterfangen. Wir wollen versuchen, aus der Glasglocke des politischen Lebens auszubrechen und die individuellen Einzelkontakte zwischen Politik und Gesellschaft stärker zu betonen.

Die Berliner Sozialdemokraten werden sich offensiv der Wertediskussion stellen. Die ist in den letzten Jahren in unserer Gesellschaft all zu sehr vernachlässigt worden. Wir sagen der Reduzierung des Menschen auf die Arbeitskraft und der Natur, zu Grund und Boden den Kampf an; beispielsweise, indem wir entschieden gegen all zu enges Produktivitäts- und Effizienzdenken Front machen, oder indem wir den Finger auf die strukturellen Ursachen von Boden- und Wohnungsspekulation legen.

Hierbei erhoffen wir uns auch eine rege Debatte mit den aus Westdeutschland kommenden Wahlhelfern Richard von Weizsäcker, beispielsweise Norbert Blüm und Hanna Renata Laurien. Über das neue wohnungspolitische Konzept der Sozialausschüsse der Union und der christlichen Arbeitnehmerschaft, das einen totalen Bruch mit der wirtschaftsliberalistischen Wohnungspolitik der CDU bedeutet, werden wir gern diskutieren.

Die Wahlkampf vorbereitungen der Berliner SPD sind im vollen Gange. Ich selbst habe die Wahlkampfleitung übernommen; politische Wahlkampfleitung ist der Geschäftsführende Landesvorstand, der Landesgeschäftsführer ist der Vorsitzende einer technischen Wahlkampfleitung.

Ein Wahlkampf begrenzungsabkommen mit den anderen Parteien ist in Arbeit. Ab Ostern wird es bis zum Wahltag eine "Zeitung am Sonntag" geben. Die Berliner Sozialdemokraten treten an.
(-/3.3.1981/ks/ca)

+ + +



Bremens furchtbare Juristen

Der "tötungsbereite" Autofahrer ein Beitrag zur Rüstungsdiskussion?

Von Ernst Waltemathe

Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Oberverwaltungsgericht Bremen hat ein bemerkenswertes Urteil gesprochen. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung darf danach nicht wahrnehmen, wer bereit ist, einen Führerschein nicht nur zu erwerben, sondern auch zu behalten. Denn das Auto sei ein gefährliches Werkzeug und wer bereit sei, Auto zu fahren, sei ein potentieller Töter von Menschen, so daß er sein Grundrecht auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe verwirkt habe. So stellt sich das Urteil für einen Laien dar.

Es ist nicht bekannt, ob das Oberverwaltungsgericht mit seinem Urteil einen Beitrag zur aktuellen Rüstungsdiskussion leisten wollte. Möglicherweise ist das Urteil als hilfreicher Hinweis darauf gedacht, wie man den Russen ordentlich Angst machen kann: Künftig sollte jeder Bundesbürger verpflichtet werden, einen Führerschein zu erwerben und dazu ein Automobil. Dann könnte auf jede weitere Rüstung verzichtet werden, weil die Warschauer Pakt-Staaten angesichts dieser Meute militanter Autolenker hinreichend abgeschreckt sein würden, überhaupt noch bei uns einzumarschieren. Soweit muß man das Urteil wohl mit ironischen Bemerkungen quittieren.

Festzuhalten bleibt, daß das Wort von den "furchtbaren Juristen" offensichtlich nicht allein für jene ehemaligen Juristen des Dritten Reichs gilt, deren merkwürdige Urteile uns heute noch abschrecken.

Ernsthaft gesprochen: Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen darf nicht mit solchen läppischen Beurteilungen des Verhaltens von Menschen, die einen Führerschein haben, ausgehöhlt werden. Soll man etwa annehmen, daß jeder Sanitätsfahrer ein potentieller Mörder ist und nicht bereit, Leben zu retten?

Die Frage der Verteidigungsfähigkeit auf der einen Seite und der Bereitschaft, Dienst mit der Waffe oder aber Friedensdienst ohne Waffen zu leisten, sollte man nicht den Juristen überlassen. Das OVG-Urteil von Bremen hat deshalb auch etwas Positives: Die Sinnlosigkeit, Gewissensüberprüfungen vorzunehmen, ist mehr als deutlich geworden.

(-/3.3.1981/ks/ca)

+ + +



...denn sie müssen wissen, was sie tun

Politischer Unterricht zum Thema Bundeswehr muß aufklärend wirken

Von Herbert Moser MdL

Beauftragter für Bundeswehr- und Zivildienstfragen der
SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Eigentlich stehen wir schon mitten drin in der Diskussion um die Darstellung der Bundeswehr in den Schulen unseres Landes.

Seit seinem Amtsantritt hat der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder bei allen möglichen Gelegenheiten betont, daß er die Lehrpläne kürzen möchte, mehr Spiel- und Freiraum für die Schulen haben will, weniger Bürokratie anstrebt, - kurz, abmagern will. In einem Bereich jedoch, und dies hat er auch immer wieder mitgeteilt, da will er mehr: Mehr Bundeswehr in den Schulen. Was er an Mehr haben will und wie dies aussehen soll, ist noch unklar, doch die parlamentarischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen lassen wenig Gutes erwarten.

Auch die Begleitmusik einiger CDU-Abgeordneter gibt Anlaß zum Nachdenken. So fragt MdL Dr. Scheuer nach "Erkenntnissen", ob gerade im Religionsunterricht und im Deutschunterricht häufig unter dem Vorzeichen der Verneinung der Bundeswehr gearbeitet werde. Will man hier, nachdem man den Politologen sowieso nicht so recht traut, nun eine neue Schnüffelspur zu den Religions- und Deutschlehrern auslegen?

Wem traut denn die CDU in den Schulen überhaupt noch? Hinter all dem scheint die Auffassung zu stehen, daß wohl "die Propaganda von Gruppen, die unsere freiheitliche Grundordnung ablehnen" dazu geführt hat, daß "ganze Abiturklassen den Wehrdienst verweigern" und somit unser Staat untergraben wird. Solche Klamotten stehen sogar in Schulbüchern, und dies wird vom Stuttgarter Kultusminister unterstützt.

Ich spreche nicht gegen eine Behandlung wehrpolitischer Probleme, einschließlich Bundeswehr in den Schulen. Dieses in verschiedener Hinsicht lebenswichtige Thema muß in den Schulen behandelt werden. Es darf jedoch nicht zur Propagandaveranstaltung verkommen und ohne kritische Auseinandersetzung dargestellt werden. Fragen wie Friedenssicherung, Sicherheitspolitik, Kriegsdienstverweigerung, Abrüstung, soziale Verteidigung sind politische Themen, die auch in den Schulen offen und alternativ dargestellt werden müssen.

Wer den politischen Unterricht zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln macht, verstößt gegen den in Demokratien geltenden Grundsatz der intellektuellen Redlichkeit und der wissenschaftlichen Sauberkeit. Politischer Unterricht zum Thema Bundeswehr muß aufklärend wirken.

Die Schüler müssen die Zusammenhänge ihres Tuns erkennen können. Wer also zur Bundeswehr geht oder gehen muß, der muß die Folgen und Probleme seines Tuns wissen. Wer den Kriegsdienst verweigert, der muß sich ebenfalls mit dem Pro und Kontra seines Tuns auseinandersetzen können. Wer sich für pazifistische Alternativen entscheidet oder sich für irgendein anderes Gegenmodell der Friedenssicherung und Abrüstung einsetzt, der muß, wenn er die Schule verläßt, ebenfalls einigermaßen in der Lage sein, zu erkennen, was er tut.

Ich habe die Befürchtung, daß die CDU und auch ihre Kultusminister ideologisch zu sehr eingeengt sind, um die Brisanz der rüstungs- und militärpolitischen Lage zu erkennen. Deshalb vermute ich, daß man von dieser Seite eher dazu neigt, die Erziehung zum kritischen Denken in Schulen zurückzudrängen und in die Zeiten des Gesinnungs-Unterrichts zurückzufallen.

Ob dies so kommen wird, weiß ich nicht. Ich würde mich freuen, wenn ich unrecht hätte.

(-/3.3.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



DOKUMENTATION

Als erste Amtshandlung hat der neue Sprecher des SPD-Vorstandes, Wolfgang Clement, folgende Pressemitteilung diktiert:

Sperrfrist: Rosenmontag, 0 Uhr

Betrifft: Sprecher

Seinen Aufnahmeantrag für die Gewerkschaft der Bonner Sprecher hat in diesen karnevalistischen Tagen - mit Wirkung vom Rosenmontag! - der aus Dortmund in Westfalen stammende Journalist Wolfgang Clement (40) im ziemlich menschenleeren Erich-Ollenhauer-Haus abgegeben. Der neue Sprecher hat alle Aussicht, schon in nächster Zukunft zum Doyen der Sektion Parteisprecher berufen zu werden, nachdem seine amtierenden Kollegen Günter Henrich (CDU) und Josef Gerwald (FDP) bereits fluchtartig ihren bevorstehenden Abschied versprochen ließen.

Anlässlich seines Dienstantritts zur Narrenzzeit hat Clement in einem kurzen historischen Abriss die gemeinsame beutepreußische Vergangenheit von Rheinländern und Westfalen beschworen. Bei aller Preußenverehrung dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß Otto von Bismarck nächst den Sozialistengesetzen auch eine gemeine Rufschädigung ganzer Generationen von Sprechern begangen habe, indem er einen der ersten dieser Gattung, den Journalisten Dr. Rino Quehl, so charakterisierte:

"Voller Ideen und Anregungen, richtigen und falschen, eine sehr geschickte Feder führend, aber mit einer zu starken Hypothek an Eitelkeit belastet."

Von dieser frühen Journalisten- und Sprecherschelte hätten sich, so der neue SPD-Sprecher, bis auf den heutigen Tag beinahe alle deutschen Kanzler anstecken lassen.

Auch die Weimarer Demokraten haben sich einem tiefschürfenden Quellenstudium zufolge mit ihren Sprechern schwer getan. So sei von dem Zentrumsmann Karl Spieker der bis heute nachwirkenden Anspruch überliefert:

"Pressechef ist nicht schön - aber wer weiß was Besseres?"

Erst dem Sozialdemokraten Walter Zechlin; Diplomat und Sprecher zu Zeiten Eberts, Hindenburgs und Hinrich Kopfs und deshalb besonders geeignet, die Brücke von Weimar nach Bonn zu schlagen, habe eine überzeugende Sprecher-Definition zuwege gebracht. Sie lautet:

"Offiziosus zu spielen, ist ein riskantes Gewerbe, da das politische Echo noch weit schwieriger zu beurteilen ist als das physikalische. Hier gibt es nur zwei Mittel: ein sicherer politischer Instinkt und das Vertrauen und, wenn man will, in gewissem Sinne Zuneigung des journalistischen Publikums".

Das Bemühen des neuen SPD-Sprechers, das Zechlin-Zitat nachträglich als Fußnote zur Vertrauensarbeit in der bekannten Fünf-Punkte-Vorstands Erklärung der Sozialdemokraten unterzubringen, scheiterte nur an der Aufmerksamkeit des Restpersonals im Erich-Ollenhauer-Haus. Jede Reminiszenz auf Weimarer Art könne die aktuelle parteiinterne Diskussion nur neu anstoßen, hieß es. Diese werde "mit der letzten Session aber letztmalig endültig und gutartig für abgeschlossen" erklärt.

An die "Sturmbannerträger" der närrischen Kulturrevolution in den Redaktionsstuben appellierte der Sprecher, auf die liberal-konservative Gegenrevolution achtzugeben, die soeben aus München angekündigt worden sei. Die amtierende Bonner Opposition wirke bereits verschreckt. So habe der Herausgeber des "Bayernkurier" seine Aschermittwochsrede statt in der Passauer Nibelungenhalle bereits zu Weiberfastnacht über sein Medium unter die Leute gebracht. Das zeuge von einer beängstigenden Umwandlung der Werte und Bräuche. Der Sprecher: "Die SPD bereitet auf diesem Sektor keine Reform vor. Niemand soll seine Fastenzeit früher als kirchenüblich und individuell verkraftbar beginnen!"

(-/3.3.1981/ks/ca)

